



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-
arbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 26. Dezember 1920 bis 1. Januar 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 1 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die „selbständige“ Betriebsräte-Organisation und die freien Gewerkschaften.

II.

Aber auch die politischen Parteien haben zu dieser Frage Stellung genommen. „Freiheit“ und „Vorwärts“ haben verschiedentlich in gleichlautendem Sinne sich gegen eine selbständige Organisation der Betriebsräte ausgesprochen.

Sogar die R. P. D. war zeitweilig anderer Meinung als jetzt, denn ihr Berliner Organ „Die rote Fahne“ schreibt in einem Artikel vom 20. Juli unter anderem folgendes:

„Wie will der Betriebsräteverein mit den sachlich auf ganz anderem Boden stehenden deutschnationalen Handlungsgehilfen fertig werden, wenn schon die Afa-Angestellten als reaktionär hingestellt werden, weil sie sich Richard Müllers Organisationsständeleien nicht fügen.“

Es muß immer wieder betont werden — traurig genug, daß es immer wieder gesagt werden muß —, wenn man jemanden den Orden des Richard Müllerschen Betriebsrätevereins in Gestalt einer Mitgliedskarte verleiht, wird er durch diese Außerlichkeit weder klüger, noch wird dadurch die hinter diesen stehende Arbeiterschaft kampflustiger.“

Um nun auch nur eine Keuherung der freien Gewerkschaften herauszugreifen, sei auf einen Artikel „Die Zusammenfassung der Betriebsräte im Deutschen Metallarbeiter-Verband“ in der Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie vom 8. August 1920 hingewiesen, in dem es heißt:

„Eine wunderbare Logik“ entwickeln die Vertreter der Betriebsrätezentrale weiter, wenn sie der Arbeiterschaft vorzutäuschen suchen, es brauche nur eine selbständige, allumfassende Betriebsräteorganisation gebildet zu werden und die Einheitsfront des gesamten Proletariats, dazu im revolutionären Sinne, sei hergestellt. Ein Blick auf eine solche buntgemischte Musterkarte genügt, um diese „Einheitsorganisation“ zu erkennen. Wie naiv muß man die Arbeiter einschätzen, wenn man ihnen einzureden versucht, daß die Betriebsräte der R. P. D., R. P. D., U. S. P., S. P. D., Demokraten, Zentrum, Christliche, Firsch-Dunkelsche bis zu den gelblich gefährdeten „Räten“ über Nacht zu einer homogenen, revolutionären Masse würden, nachdem sie vom Zauberstab der selbständigen Betriebsräteorganisation berührt werden.“

In Groß-Berlin hatten es vorübergehend die Anhänger der selbständigen Rätebewegung erreicht, die Gewerkschaften zur Anerkennung ihrer Bestrebungen zu zwingen. Die Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin mußte von den Gewerkschaften ausschließlich finanziert werden, während die dieser Zentrale angehörenden sogenannten Rablitalen, die aber nicht freigewerkschaftlich organisiert waren, ihre Präsen in dieser



Erlöser.

Schrei der Seelen lobert zum Himmel auf,
Kehzende Lippen rufen in endlose Fernen,
Blutende Herzen stehen empor zu den Sternen —
Und die Jahre wandern in flüchtigem Lauf.

Kerzen strahlen von silberschimmernden Bäumen,
Märchen umglänzen der Tage zerplantes Kleid,
Sonnige Gärten erblühen in seltsamen Träumen —
Schlummernd wartet die Wüste der Wirklichkeit.

Deine Sinne schaukeln in goldenen Rachen
Zu den leuchtenden Ufern urrewiger Luft,
Lieder füllen die frühlich atmende Brust —
Graue Sorge umflüstert dein kaltes Erwachen.

Nimmer wird die Erlösung im Traume dir reifen.
Unter den Schleiern feuszet den Weh und dein Ach,
Was deinen Sehnsuchtsaugen, lebendig und wach,
Wesenlos fliehet, wirst du niemals, niemals ergreifen.

Schüre die Flamme der Tat am eigenen Herde,
Pflüge der Arbeit wunderkräftiges Land.
All dein Leib, es wurzelt in dieser Erde,
Alle Kraft verbirgt sich in deiner Hand.

Willst du der Zeit die heißen Gewänder spinnen,
Bruder und Schwester, ringe zu Boden die Pein.
Alle Erlösung, ihr müßt sie im Kampfe gewinnen:
Retter euch selber, Schöpfer und Heiland sein.

Ernst Preczang.



Körperschaft auf Kosten der freien Gewerkschaften vollkommen gratis dreschen konnten. Auf der einen Seite täuschte man also vor, man wolle die freien Gewerkschaften stärken und auf der anderen Seite zwang man sie, Gelder für Unorganisierte aufzubringen.

In einem Vorschlag der Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins wurden von den Gewerkschaften für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. September 1921 600 000 Mark gefordert. Das hinderte dieselben Leute nicht, anlässlich einer Besprechung von Maßnahmen zu Gunsten der Arbeitslosen im Oktober 1920 in Berlin, die Vertreter der freien Gewerkschaften, also die eigenen Geldgeber zu zwingen, die Sitzung zu verlassen, so daß nur die Vertreter der R. P. D., R. P. D., der Betriebsräteorganisation und der selbständigen Betriebsrätezentrale zurückblieben, um mit Hilfe der Gelder der freien Gewerkschaften zu beschließen, was man unter Ausschluß derselben unternehmen könne. In der Zwischenzeit waren sämtliche Führer der selbständigen Räteorganisation eifrig tätig, die Gewerkschaften und die Betriebsräte dem Diktat der 3. (kommunistischen) Moskauer Internationale unterzuordnen. Dies ging so weit, daß man sogar in der von den freien Gewerkschaften finanzierten Betriebsrätezentrale ein

Büro eingerichtet hatte, um die Spaltung einer politischen Arbeiterpartei zu betreiben. Von der Zusammenfassung der Betriebsräte zur Ausübung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben ist jetzt bei den Anhängern der selbständigen Rätebewegung überhaupt nicht mehr die Rede. Die ganze Tätigkeit hat sich ausschließlich auf die Unterstellung der Gewerkschaften und der Betriebsräte unter das Diktat des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale konzentriert. Maßgebend sind hier die Punkte 9 und 10 der 21 Moskauer Bedingungen, die wie folgt lauten:

9. Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch anbauende und beherrschende Arbeit die Gewerkschaften für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Banfelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

10. Jede der kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer Internationale der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie müssen unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruchs mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklich propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.“

Wie diese Punkte aufzufassen sind, geht sehr treffend aus nachstehenden Ausführungen Sinowjews auf dem Parteitag in Halle hervor:

„Gewiß sind die Weißgardisten, die Bürger- und Einwohnerwehren, die Orasche, keine angenehmen Leute, aber ich behaupte, sie sind nicht so gefährlich, als Ihre geliebte sogenannte Amsterdamer Internationale“;

sowie den Ausführungen Losowskys ebendasselbst: „Sie (die Mitglieder der Amsterdamer Internationale) sind mit ihrer ganzen Taktik, mit ihrer Anschauung, mit ganzem Herzen und mit ihren Neben gebunden an die internationale Bourgeoisie.“

Die Kampforganisationen der deutschen Arbeiter und Angehörigen werden also von diesen Leuten, als für die Arbeiterschaft noch gefährlicher wie die gegenrevolutionären Organisationen des Bürgerturns bezeichnet und die gewerkschaftliche Internationale der Arbeiterschaft nennt man einfach gelb. Nachdem man aber nun einmal die Bahn der Vernunft verlassen hat, gibt es kein Halten mehr. Während die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft auf die Sozialisierung konzentriert oder konzentrieren sollte, geben die Kommunisten und mit ihnen die Führer der selbständigen Rätebewegung jetzt die Parole aus „gegen die Sozialisierung“ da diese konterrevolutionär sei.

Hierzu schreibt die „Freiheit“ in einem Artikel „Arbeit und Konfusion“ sehr richtig folgendes: „Auf der anderen Seite betreiben Kommunisten und Neukommunisten eine Sabotagepolitik,

die praktisch eine wirksame Unterstützung des Kampfes gegen die Sozialisierung darstellt. Auf allen Arbeiterkongressen, von dem ersten Kongress der politischen Arbeiterräte im Dezember 1918 an, gefangen, ist die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung, insbesondere des Bergbaus, gefordert worden. Diese Forderung hat stets die Zustimmung der Kommunisten gefunden. Jetzt, wo der Kampf um die Sozialisierung wirklich begonnen werden soll, erklären sie plötzlich, das sei konterrevolutionär, das sei ein Irrweg, auf dem die böse U. S. P. die Arbeiter führen wolle. Die Arbeiter sollten sich an diesem Kampf nicht beteiligen, sondern lieber — die politische Macht erobern.

Nun stelle man sich doch die politische Situation vor. Der Arbeiterklasse, und insbesondere den Bergarbeitern, ist es gelungen, die Frage der Sozialisierung auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber diese Frage wird in einigen Wochen oder Monaten entschieden werden. Das gesamte Bürgertum läuft Sturm gegen die Sozialisierung, setzt seine geschlossene Kraft ein, um die Herrschaft des Kapitals aufrecht zu erhalten. Und da kommen Arbeitervertreter und sagen: Dieser Kampf braucht Euch nichts anzugehen. Wir haben eine andere Parole: Beginnen wir mal einen Kampf um die Produktionskontrolle. Wir werden in den einzelnen Betrieben uns die Macht erobern, die Produktion und die Preise zu bestimmen. Daraus wird sich dann ein Kampf um die politische Macht entwickeln, und wenn wir die dann haben, dann werden wir schon sozialisieren."

Es dürfte sich wohl erübrigen, weiteres zu den Bestrebungen der Vertreter der selbständigen Rätebewegung zu sagen. Der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist inzwischen klar geworden, wohin sie von diesen Leuten geführt werden sollten. Wesentliches hat man den notwendigen Trennungspunkt gezogen und die Gefahr, welche zeitweilig die selbständigen Räte für die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung bildete, kann als überwunden betrachtet werden. Unlässlich der Tagung des ersten Betriebsräte-Kongresses hat man den letzten Versuch unternommen, sich der Vernunft entgegenzustellen und die Betriebsräte in das Fahrwasser der selbständigen Rätebewegung zu treiben. Auf dem Kongress wurde Heft 40 der Zeitschrift "Der Arbeiterrat" verteilt. In dem Leitartikel von Richard Müller war folgende Aufforderung enthalten:

"Die Komödie Wiffel, Hilferding wird von Dismann, Körperl und Vrolat zu Ende gespielt, wenn die Betriebsräte nicht den ganzen Plunder auseinanderreißen."

Ein Jöhl.

Von Leo Tolstoi.

(Schluß.)

Malanja ahnt wohl, daß ein Unheil im Anzug ist, und so schmeichelt und liebt ihr seine Worte auch sind, so wird ihr doch bang ums Herz, und sie läuft schneller und schneller.

"Geh deinen Weg und laß mich den weinigen gehen," sagt sie. "Die Bauern kommen hinter uns hergefahren. Mach', daß du fortkommst, laß mich nach Hause gehen."

"Aber, Malanja Robitwonowna," sagt er, "es ist mir doch so angenehm, mit dir zusammen zu sein!" Und er zieht ein rotes Tüchlein aus der Tasche und reicht es ihr.

"Laß mich — ich will nichts von dir haben," meint sie.

"Meine Liebe, Gute, Schöne," sagt er, "berlange, was du willst: Du sollst es haben, aber sei mir ein bißchen gut! Ich weiß nicht, wie mir wurde, als ich dich sah. Hab' mich doch lieb, mein hübsches kleines Frauchen!"

Und weiß Gott, wie es zunging: sie, die allen andern so gern einen Streich spielte — sie war plötzlich wie umgewandelt. Sie läßt den Kopf sinken, schweigt und weiß nicht, was sie sagen soll. Und er nimmt sie bei der Hand.

"Meine herrliche, süße, schöne Malanja Robitwonowna," sagt er, "ich habe dich so von Herzen lieb, daß ich ganz zubeaubert bin."

Und er bittet und fleht, und wird dabei bleich wie ein Sinnen, während seine Augen nur so glühen.

"Malanja Robitwonowna," bettelt er und faltet dabei die Hände, "ich bitte dich um alles in der Welt: erhör' mich, nur ein Stündchen laß mich bei dir weilen — tu's, mein Schönes! Gönne' meinem Seibe die Freude, ich bin ein Fremder und nehme die Schande mit fort!"

Die Betriebsräte sind diesem Mahnruf gefolgt, aber nicht so, wie Richard Müller es sich dachte, sie haben seinen Plunder restlos auseinandergerissen. Der Betriebsrätekongress hat sich einmütig für die Sozialisierung des Bergbaus ausgesprochen. Der Betriebsrätekongress hat sich weiter einmütig für die Kontrolle der Produktion erklärt. Weiter hat der Betriebsrätekongress zum Betriebsrätegesetz eine Novelle gefordert, damit den Betriebsräten die Möglichkeit zur ungehinderten Ausübung ihrer Funktionen gesichert wird. Dann wurde zu einer weiteren Reihe von praktischen Fragen Stellung genommen. Sozialisierung des Bergbaues, Kontrolle der Produktion sind die nächsten Stappen auf dem Wege zur Durchführung des Sozialismus, auf welche beiden Punkte die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerschaft ihre ganze Energie zu konzentrieren hat. Dann ist weiter das Bildungswesen in jeder Beziehung auszubauen. Mögen auch die Kurse, die überall eingerichtet werden, im Anfange noch nicht allen Anforderungen entsprechen, sie müssen trotzdem eingerichtet werden, und vor allen Dingen müssen sie Betriebsräte, sowohl als auch Gewerkschaftsmittglieder und insbesondere die Jugendlichen besuchen, damit wir uns das Rüstzeug für die Übernahme der Wirtschaft schaffen und diese Bildungsarbeit wird am ehesten ihren Erfolg zeitigen. Bei tausend und abertausend Gelegenheiten wird der Kollegenchaft das Gelernte gute Dienste leisten und erst im Kleinen und dann im Großen wird sich diese Bereicherung des Wissens auswirken.

Karl Kautsky schreibt in einem Artikel "Brennender Durst nach Wissen" folgendes:

"Die Anforderungen, die unsere Zeit an das Proletariat stellt, sind enorm. Aber es muß sich ihnen gewachsen zeigen, wenn es sich bewähren will als die Kraft, die die abgelebte alte Gesellschaft zu einem höheren Dasein emporhebt."

Gerade unsere Tage zeigen uns, daß es nicht damit abgetan ist, wenn man die Macht gewinnt, daß dies sogar schädlich, zu Rückschlägen führen kann, wenn es vorzeitig geschieht, ehe man die Fähigkeit erlangt hat, die Macht festzuhalten, was nur demjenigen gelingt, der imstande ist, sie zweckmäßig auszuüben.

Das Proletariat mit Wissen zu füllen, das Monopol der bestehenden Klassen auf Wissen zu brechen, ist ebenso wichtig, wie das Brechen des Monopols der Kapitalisten auf den Besitz der Staatsgewalt und der Produktionsmittel. Nur ein Proletariat, das brennender Durst nach Wissen erfüllt, wird seiner großen historischen Aufgabe gewachsen sein . . .

Vor allem ist der Achtstundentag als Maximalarbeitstag allenthalben zur Wahrheit geworden

Sie wußte nicht, wie ihr ward, und sagte nur: "Geh, weil du ein Fremder bist . . . Ich kenne dich doch nicht . . ."

Doch da nahm er sie schon in seine starken Arme und trug sie in den Wald.

Sie sagte ihm alles, wo der Hof lag, und wo sie dort schlief, und er zog seinen Beutel hervor, nahm einen Rubel heraus und gab ihr den. Da schlüßte sie auf und sagte in flehendem Tone:

"Nur hab' Erbarmen und bring' mich nicht in die Scheube!"

"Fürcht' dich nicht, Herzchen," sprach er, — "nimm das hier zum Andenken, und morgen, sobald es dunkel geworden, komm' ich zu euch auf den Hof und pfeife."

Er geleitete sie bis an den Waldbrand, bestieg sein Pferd und ritt auf und davon.

5.

Sie kam nach Hause. Der Schwiegervater ahnt nichts, und auch die Alte weiß von nichts — nur so viel sehen sie, daß sie eine ganz andere geworden ist. Zu nichts hat sie Lust, und ewig läuft sie irgenbwohin und guckt und späht. Andrusjcha aber war noch betrübter als sonst. Einmal kam er zu ihr auf die Tenne, da schrie sie ihn an wie einen Dieb, ganz rasend wurde sie und weinte sogar vor Wut.

"Daß du nicht wagst, auch nur den Mund aufzutun! Was willst du hier, du Unverschämter? Nicht mal 'nen Scherz wird man machen dürfen!" sagte sie und schlüßte laut auf, "von dir ist mir aller Kummer gekommen!"

Andrusjcha wußte nicht, was ihre Worte zu bedeuten hatten — er fühlte nur den Schmerz, den sie ihm bereiteten. Doch hatte er nicht die Kraft in sich, von dannen zu gehen. Als seine Mutter ihn fragen ließ, sie habe eine bessere Stelle für ihn, wo es mehr Lohn gäbe, meinte er, er

und damit die Zahl der Stunden am Tage vermehrt, während denen der Arbeiter sich selbst und seiner Sache gehören kann.

Aber wer unter den Proletariern es kann, muß heute schon im Interesse seiner Klasse, im Interesse der sozialen Revolution alles aufbieten, um sein Wissen zu erweitern. Die Verkürzung der Zeit im Produktionsprozeß soll doch nicht eine bloße Verlängerung der Zeit für Karten und Kinos bedeuten."

Diesen Ausführungen kann sich nur jeder, dem es ernst mit der Fortentwicklung der Arbeiterklasse ist, anschließen. Gegenüber der Ziel- und Planlosigkeit in den Bestrebungen der Anhänger der selbständigen Rätebewegung, welche jetzt unter das Diktat von Moskau gelangt sind und die deutsche Arbeiterschaft Verhältnissen ausliefern wollen, die auf Deutschland gar nicht übertragbar sind, ist es die Planvolle und zielbewusste Tätigkeit der Gewerkschaften, welche nach wie vor der Arbeiterschaft ihren Weg zeigt. Diese Arbeit kann wohl gehemmt, aber nicht unterbunden werden, und Aufgabe jedes Klassenbewußten Arbeiters und Angestellten muß es sein, mit seiner ganzen Kraft für die Stärkung der freien Gewerkschaften und die Durchsetzung ihrer Ziele einzutreten.

Die für das Hilfspersonal wichtigen Bestimmungen des Buchdruckerarbeitsgesetzes.

III.

§ 7.

Ueberstunden.

(1) Für Ueberstunden, also für Ueberstunden, die über die regelmäßige Wochenarbeit hinausgehen, wird außer dem Stundenverdienst an besonderer Entschädigung gezahlt: Für die ersten beiden Stunden an einem Tage ein Zuschlag von 25 Prozent, für die nächsten beiden Stunden ein Zuschlag von 40 Prozent und für die übrigen Stunden ein Zuschlag von 50 Prozent. — Die Ermittlung des Stundenverdienstes zur Festsetzung der Lohnentschädigung für Ueberstunden geschieht durch Division des Gesamtlohnes (Grundlohn und Teuerungszulage) mit der Stundenzahl der geschäftstüblichen wöchentlichen Arbeitszeit. Bei berechnenden Seßern gilt als Grundlage der Stundenverdienst aus § 3. Bei Nachtarbeitern gilt als Wochenlohn der Nachtlohn.

(2) Die Maschinenseher erhalten für die ersten beiden Stunden an einem Tage einen Zuschlag von 30 Prozent, für die nächsten beiden Stunden einen Zuschlag von 50 Prozent, und für alle übrigen Stunden einen Zuschlag von 60 Prozent auf ihren Stundenverdienst.

wolle lieber umsonst bleiben, wo er sei, als unter Fremde gehen.

Das Wetter war seit jenem Erntetage ganz ungeschlagen. Es regnete ununterbrochen, und die Bauern konnten die auf sie entfallende Hälfte des Heues nicht trocken bekommen. Es verkaufte auf den Wiesen, nur da und dort konnte ein Gacken abgerentet werden. Vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein goß es in Strömen, die Felder verwandelten sich in Sümpfe, und wenn die Bauern pflügen wollten, blieb der Pflug im Moraste stecken.

Eines Tages ging Andrusjcha auf Hofarbeit, nach der Getreidebarre. Wie er mühsam und immer wieder ausgleitend zwischen den Pflügen hinschreitet, sieht er, wie eine Frau in einem Kopftuche, eine Gerie in der Hand, mit nackten Beinen durch den Rot wadet: Malanja ist es, die die Kühe heimholt. Den ganzen Tag hatte es wie aus Eimern gegossen, daß die Hirten das Vieh nicht auf dem Felde halten konnten. Wöglich sieht er den Großhändler daherkommen und sich ihr nähern.

"Heute also," sagt er leise zu ihr, und Malanja neigt den Kopf.

"Der also ist es!" deutet Andrej.

Als er nach Hause kam, ging er nicht gleich schlafen, sondern horchte in die Nacht hinaus. Und plötzlich hört er, wie jemand hinter der Tenne pfeift. Gleich darauf läuft Malanja über den Hof. Andrej kommt in die Scheune und sieht einen fremden Mann.

"Wer bist du?" fragt ihn dieser.

"Ich bin der Knecht."

"Hier hast du einen Zwanziger — aber sag' nichts."

Was sollte er machen? Nun war er aber nicht der einzige, der dahinter kam — auch sonst war es im Dorfe aufgefalle, daß der Großhändler so oft kam. Es gab mangelnde Gerede, aber was reden die Leute nicht alles! Etwas Zuverlässiges war nicht in Erfahrung zu bringen.

(3) Eine Ueberstunde, die von 6—7 Uhr morgens geleistet wird, ist mit 40 Prozent (bei Maschinensehern mit 50 Prozent) auf den Stundenverdienst zu entschädigen.

(4) Ueberstunden sind in bringenden Fällen nach Anhörung des Gehilfenvertreters der betreffenden Abteilung gestattet. Bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Dringlichkeit von Ueberstunden, so dürfen dieselben, wenn eine Anrufung des Schiedsgerichts der Leistung der Ueberstunden nicht voraussehen kann, nicht verweigert werden. Längere oder regelmäßige Ueberarbeit ist zu vermeiden; vermehrtem Arbeitsanhang ist durch Einstellung von Arbeitslosen, auch bei tageweiser Beschäftigung, oder durch Einlegung von Schichten zu begegnen.

(5) Heimarbeit irgendwelcher Art ist unzulässig.

(6) Ist Verkürltarbeiten angeordnet, so werden die über diese tägliche Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitsstunden wie Ueberstunden entschädigt.

(7) Ueberstunden sind dem Gehilfen bei deutscher Arbeitszeit spätestens am Vormittag des betreffenden Tages, bei durchgehender Arbeitszeit tags vorher anzufügen. Erfolgt die Anfrage der Ueberstunden nicht rechtzeitig, dann ist bei deutscher Arbeitszeit eine besondere Entschädigung von 50 Pf., bei durchgehender von 1 Mk. zu zahlen. Diese Entschädigung wird jedoch nur gezahlt bei mehr als einstuündiger Ueberarbeit.

(8) Angefangene halbe Stunden werden als halbe, über eine halbe als ganze Ueberstunde entschädigt. Bei Aufstellung von Wochenrechnungen sind die halben Stunden zu vollen Stunden zusammenzurechnen; überschüssige halbe Stunden sind als volle Ueberstunden zu berechnen.

(9) Bei zwei bis drei Ueberstunden, die hintereinander folgen, oder sich auf die Zeit vor Beginn oder nach Schluß der Arbeitszeit verteilen, oder ausnahmsweise in der Mittagspause liegen, ist jedem, auch den berechtigenden Gehilfen, eine dreierstündige Essenspause, und bei mehr als drei Ueberstunden eine halbstündige Pause zu gewähren. Diese Pausen gehen auf Kosten des Prinzipals und sind auch dann zu vergüten, wenn zwischen Beendigung der täglichen Arbeitszeit und dem Beginn der Ueberstunden eine ein- oder mehrstündige Pause gelegen hat.

(10) Die Anordnung regelmäßiger 1½stündiger Ueberstunden ist als Umgehung der Pausenbestimmung anzusehen. Eine 1½stündige Ueberstunde ist also nur dann zulässig, wenn die Fertigstellung einer Arbeit die einmalige Ueberstreckung der täglichen Arbeitszeit um 1½ Stunden beansprucht.

(11) Zwischen Beendigung der Arbeit und dem Wiederbeginn der Arbeit am nächsten Tage hat

eine Ruhepause von mindestens acht Stunden zu liegen. Wird vom Prinzipal eine kürzere Ruhezeit verlangt, so ist dem Gehilfen für jede Stunde gekürzter Ruhezeit außer seinem Lohn eine besondere Entschädigung von 1.— Mk. zu zahlen. Vorkaufzuschläge kommen in Anrechnung.

§ 8.

Kündigungsfrist.

(1) Es besteht das Recht der gegenseitigen Kündigung ohne Angabe von Gründen. Dem Gehilfenvertreter des Personals sind jedoch die Gründe auf Verlangen anzugeben. Jedoch steht es jedem Gehilfen frei, die Entschädigung darüber, ob er tariflich gemindert ist, im Einverständnis mit dem Kreisvertreter durch die tariflichen Schiedsinstanzen herbeizuführen. Zu den Verhandlungen kann der Betroffene wie auch die Gehilfenvertretung die Hinzuziehung des Vertrauensmannes oder eines Betriebsratsmitgliedes verlangen. (§ 84 des Betriebsräte-Gesetzes findet entsprechende Anwendung.)

(2) Die gegenseitige Kündigungszeit ist eine einwöchige, höchstens zweiwöchige.

(3) Die Kündigungsfrist kann am regelmäßigen Arbeitstage oder am Sonnabend geschehen. Erfolgt sie aus irgendeiner Veranlassung an einem andern Werktag, so beginnt trotzdem die Kündigungsfrist erst mit dem darauffolgenden Arbeitstage. Fällt der Arbeitstag auf einen Feiertag, so gilt als Arbeitstag der vorhergehende Arbeitstag. Entlassungstag ist stets der Sonnabend.

(4) In der Regel soll die Kündigung während der Arbeitszeit oder bei Auszahlung des Lohnes erfolgen; sie ist aber auch wirksam, wenn sie dem anderen Teil bis zum Ablauf des Kündigungszeitraumes (12 Uhr nachts) zugeht. Ob der Empfänger bei Eingang der Kündigung in der Wohnung bzw. im Geschäftslokal anwesend ist, ist belanglos.

(5) Kommt ein bisher im Berechnen gewesener Gehilfe für die Kündigungszeit ins gewisse Geld, so steht ihm Entlohnung nach dem Durchschnittsverdienste zu.

(6) Ohne Einhaltung der Kündigungsfrist können Gehilfen entlassen werden auf Grund der Bestimmungen des § 123 der Gewerbeordnung.

(7) Ohne Einhaltung der Kündigungsfrist können Gehilfen das Arbeitsverhältnis lösen auf Grund der Bestimmungen des § 124 der Gewerbeordnung.

(8) Für Ausbittlungsstellen besteht keine Kündigungsfrist; sie darf nicht länger als 24 Arbeitstage dauern. Wird der Gehilfe über diese Zeit hinaus beschäftigt, so verwandelt sich die Ausbittlungsstelle ohne weiteres in ein festes Arbeitsverhältnis. Die Ausbittlungsstelle kann um höchstens eine Woche, also auf 30 Arbeitstage verlängert

werden, sofern die Arbeit, für welche der betreffende Gehilfe eingestellt war, noch nicht fertiggestellt ist.

(9) Werden Arbeitnehmer für eine bestimmte Arbeit eingestellt, so können sie nach Beendigung dieser Arbeit, auch wenn dieselbe länger als 30 Arbeitstage dauert, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden.

(10) Scheidet ein berechnender Gehilfe ordnungsgemäß aus, so ist er zur Erledigung derjenigen Korrekturen seines Satzes verpflichtet, die ihm noch spätestens an seinem Abgangstage eingehändigt werden, sofern ihre Uebergabe so rechtzeitig erfolgt, daß dem Gehilfen für die Erledigung bis zum Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit am Abgangstage die nötige Zeit bleibt.

(11) Einstellung auf Probe ist einer Ausbittlungsstelle gleichzusetzen.

(12) Das „Aussetzen mit der Arbeit“ ist nicht als Kündigung des Arbeitsverhältnisses aufzufassen und entbindet deshalb auch nicht von der Kündigungsfrist. Zulässig ist das „Aussetzen“ nur im gegenseitigen Einverständnis.

§ 9.

Vorkaufzuschläge.

(1) Zum Ausgleich der Unterschiede in der Lebenshaltung sollen die sämtlichen Druckorte des Reiches durch eine vom Tarifausschuß beauftragte Kommission in Ansehung an das neue Ortsklassenverzeichnis gemäß Reichsbesetzungsgesetz vom 30. 4. 1920 in Klassen eingeteilt werden, für welche bestimmte Vorkaufzuschläge festgesetzt werden. — Was dahin gelten die alten Vorkaufzuschläge.

(2) Die Vorkaufzuschläge gelten grundsätzlich für den betreffenden Ort und die innerhalb 15 Kilometer Entfernung von der Reichsbildgrenze desselben liegenden Ortschaften, und zwar für die Gültigkeitsdauer des Tarifs.

(3) Der Höchstsatz des der Ortsklasse entsprechenden Vorkaufzuschlags kann überschritten werden in besonderen Ausnahmefällen, bei eintretendem Bedürfnis und sofern die nachbarlichen Verhältnisse einen Ausgleich bedingen.

(4) Bade- und Kurorte können mit einem Saisonzuschlag bis zu 15 Prozent belegt werden, doch darf dieser Zuschlag mit einem etwa bereits vorhandenen Vorkaufzuschlag 25 Prozent nicht überschreiten. Die Entscheidung darüber, welcher Ort als Bade- oder Kurort zu gelten hat, trifft im Zweifelsfall das Tarifamt.

(5) Zusammenhängende Wirtschaftsgebiete sind mit einem einheitlichen Vorkaufzuschlag zu belegen.

(6) Für die Ortsklasseneinteilung ist ein besonderes Verzeichnis maßgebend.

Die Lohnbewegung im Mainzer Steindruckgewerbe.

Bislang wurden die vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker beschlossenen Leuerungszulagen für das Buchdruckerpersonal von den Prinzipalen der Mainzer gemischten Betriebe in gleicher Höhe an das Buchdruckerpersonal ausgezahlt. Das änderte sich bei den Leuerungszulagen am 1. November d. J. Bei der am 10. November erfolgten Verhandlung mit den Vertretern der Mainzer Prinzipale erklärten uns Herr Scholz als Vertreter der beiden Steindruckereien Christian Scholz und B. Scholz Söhne und Herr Dr. Baum als Vertreter der gemischten Betriebe, daß sie den „Distanten des Tarifamtes“ nicht mehr folgen können. Wäre es im Buchdruckgewerbe kaum noch möglich, diese steigenden Lohnzulagen zu zahlen, so bedeuteten sie für das Steindruckgewerbe den sicheren Ruin. In anderen größeren Druckstädten ist das längst erkannt worden. Sie führten Abschlüsse aus Berlin, Leipzig, Stuttgart, Nürnberg, sogar Breslau an, deren Lohnsätze und Lohnbestimmungen sie teilweise vorlegten. Ihr Stückenpferd war in der Hauptsache Leipzig, dessen letzten Lohnabschluß die Mainzer Forderungen bis zu 25 Proz. übersteigen. Dort läge ihre Konkurrenz, sie müßten verlangen, daß die Mainzer Hilfsarbeiter sich deren Lohnsätze zu eigen mache. Von Frankfurt, Steinheim, Hanau und anderen Orten in unserer nächsten Nähe wollten sie absolut keine Notiz nehmen, denn der billige Jakob wohnt in Leipzig und Breslau.

Aber was wir schwarz auf weiß sahen, machte uns einige Beklemmung. Das war uns neu. Der Lehrling sollte seinen Meister überflügeln haben? Bisher waren wir der angelegliche Hemmschuh unserer Kollegenchaft in den größeren Druckstädten. Und jetzt liegt schwarz auf weiß vor uns, daß das Leipziger Hilfspersonal im Steindruck

nicht, ihn anzusehen. Sie essen zu Abend, und die Alten gehen in die Kammer. Gustav legt sich auf die Britsche unterhalb der Stubenbede nieder. Ganz am Rande legt er sich hin und sagt kein Wort.

„Bisch den Rienspan aus,“ spricht er nach einer Weile.

Sie tut, wie er geheißen, und denkt: „Was wird nun weiter sein?“

Sie hört, wie er die Stiefel auszieht. „Es scheint, daß alles wieder gut ist,“ denkt sie, wie sie am Fenster vorübergeht. Sechs Monate lang war er nicht zu Hause gewesen, und hatte sie doch noch geprügel: so lieb war sie ihm! Schweigend kroch sie zu ihm hin und legte sich neben ihm nieder. Sie hob den Kasten auf, mit dem er sich zugebeugt hatte, schmiegte sich im bloßen Hemd, wie eine Katze, an ihn und begann ihn zu umarmen und zu küssen, daß ihm der Atem verging.

„Wirst du es noch einmal tun?“ fragte er.

„Sprich nicht mehr davon.“

Seit dieser Zeit vergaß sie den Großhändler ganz und gar. Die Stiefel verkaufte Gustav für fünf Rubel. Lachen sagte er oft: „Sätt' ich ihn nur erwischt, ich hätte ihm auch den Kasten ausgezogen.“

Andrjuscha blieb noch bis zum Fürbittensfest da und ging dann zu seiner Mutter heim. Lange noch dachte er an das zurück, was er auf dem Hofe erlebt hatte. Die Mutter ließ sich Land für ihn zuteilen und verheiratete ihn.

Als der Frühling kam, gebar Malanja einen Sohn, der dem Großhändler wie aus dem Gesicht geschnitten war. Dieser ihr ältester Sohn war eben der Betrüscht, von dem wir am Anfang unserer Geschichte gesprochen.

Vor 1862.

Einstmals zur Nachtzeit erschien plötzlich Gustav auf dem Hofe. Er fragt nach seiner Frau, und man sagt ihm, sie sei auf der Tenne. Wie er nach der Scheune kommt, ist's ihm, als höre er Stimmen: am ganzen Leibe erbebt er. Er guckt in den Schuppen: ein Paar Stiefel stehen da.

„Geda, wer ist da?“ fragt er und schlägt auch schon mit dem Knüttel drauf los. Der Großhändler schlüpft zum Tor hinaus und nimmt Reißaus.

Malanja springt heraus, im bloßen Hemd, und will fliehen.

„Wem gehören die Stiefel?“

„Verzeih mir!“

„Gut, komm mit in die Stube.“

Er selbst trug die Stiefel nach der Stube. Er legte sich allein zu Bett. Am Morgen nahm er den Einspannriemen und rief Malanja in die Kumpellammer. Andrjuscha hört, wie er ihr den Lezt liest, und wie er mit dem Nemen auf sie losschlägt — immer hitziger wird er, je mehr er schlägt.

„Sei nicht lieberlich! Sei nicht lieberlich!“ ruft er.

Dann schleift er sie an den Haaren über den Boden. Ein Auge schlägt er ihr blau, sie aber denkt: „Was einmal im Wauche sitzt, schlägt du nicht mehr heraus.“

Die Schwiegermutter beginnt für sie zu bitten, er aber schreit: „Wer will mich belehren, wie ich mit meiner Frau umgehen soll?“ Da schämte sich die Mutter und bat ihn um Verzeihung.

Dann spannt er an und fährt mit Andrej aufs Feld, um zu pflügen. Er fragt Andrjuscha aus, doch der sagt kurz: „Ich weiß von nichts.“

Wie er am Abend heimkommt und ausge-spannt hat, findet er das Abendbrot schon bereit auf dem Tische.

Malanja kliegt nur so, um ihn zu bedienen. Sie hat sich flüchtig sauber gewaschen und angezogen; das Auge ist noch ganz blau, und sie wagt

biliger arbeiten muß wie wir in Mainz, und daß in Berlin der Minimallohn einer Anlagistin im Steinbruch eine Differenz nach unten ausweist im Gegensatz zur Buchdruckanlegerin bis zu 20 M pro Woche.

Eine am 17. November tagende Versammlung forderte, daß in den gemischten Betrieben auch für das Steinbruchhilfspersonal an den vollen Leuerungszulagen festgehalten werden müsse. Es wurde festgelegt, daß bis auf die Firma Theyer und „Mainzer Anzeiger“ alle Betriebe ihrem Stein- wie Buchdruckhilfspersonal die Zulagen ausbezahlt haben. In Anbetracht, daß die Firmen Schott und Scholz sich an dem Beschluß des Tarifamts nicht gebunden fühlen, beschloß die Versammlung, einen neuen Lohnstarif an beide Firmen einzureichen und sofortige Verhandlungen zu fordern.

Großes Versehen erregten in der Versammlung die Lohnverhältnisse des Steinbruchhilfspersonals in Leipzig und anderen größeren Orten. Mit Recht wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht praktischer wäre, in diesen Orten mehr positive, wirtschaftliche Arbeit zu leisten, als daß man hartnäckig versuche, die Köpfe der dortigen Kollegenschaft mit den Ideen der Moskowiter vollzupauen. Dort sitzen die Gegner der Arbeitsgemeinschaft, denen in Ueberhöhung ihrer phantastischen Probleme der Wind für die rauhe Wirklichkeit getrieben wird. Dies zu beweisen werden wir jedenfalls Gelegenheit haben bei der Abstimmung über den Reichstarif, der hoffentlich eine starke Mehrheit erhält.

Nach mehreren Verhandlungen, die oft in hartnäckiges Feilschen ausarteten, wurde am 22. November der Lohnstarif für das Steinbruchgewerbe in Mainz, umfassend die Betriebe Scholz und W. Schott Söhne, abgeschlossen. Die Mindestlöhne bewegen sich in folgenden Zahlen:

Schleifer bis 18 Jahre erhalten 135 M., von 18 bis 21 Jahre 150 M., bis 23 Jahre 165 M., über 24 Jahre 190 M. für Lebige. Verheiratete erhalten in den drei letzten Staffeln 165, 175 und 200 M.

Die Löhne der Hilfsarbeiter im Alter von 14 bis zu 24 Jahren und darüber beginnen stufenweise mit 70 bis zu 180 M. für Lebige und 90 M. für Verheiratete.

Anlegerinnen für Großformat über 90 : 120 120 M., für Kleinformat unter 90 : 120 112 M., Lernende 75, 87, 105 M. Abnehmerinnen erhalten 10 Prozent weniger. Hilfsarbeiterinnen unter 20 Jahre erhalten 75, 87, 93 M., nach zweijähriger Berufstätigkeit 100 M. Hilfsarbeiterinnen von 21 Jahren und darüber erhalten 78, 90, 95 M., nach zweijähriger Berufstätigkeit 105 M.

Bronzierarbeiten werden mit 25 Prozent pro Stunde vergütet. Alle über Tarif Entlohnerten erhalten eine Mindestzulage von 7, 4 und 3 M. pro Woche.

Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. März 1921. Im März soll endgültig über die Ferienfrage verhandelt werden.

Die Mainzer Kollegenschaft akzeptierte das Abkommen, obwohl bei den Hilfsarbeiterinnen Konzessionen gemacht werden mußten. Im großen Ganzen wurden aber die Leuerungszulagen in der Höhe wie im Buchdruck erreicht, in gewissen Fällen überschritten.

Es ist der Mainzer Kollegenschaft ans Herz zu legen, nicht bloß bei Lohnbewegungen ihren Eifer zu betätigen, sondern stets und ständig am Gebäude der Organisation mitzuarbeiten. Nicht der ist ein gutes Mitglied des Verbandes, der pünktlich seine Beiträge zahlt und sonst die Dinge wachsen läßt, sondern wer stets mitarbeitet, die Funktionäre unterstützt, die Versammlungen besucht, neue Anhänger wirbt, daß ist ein pflichtgetreuer Kamerad. Nur mit solchen lassen sich Erfolge erzielen.

Aus unseren Zahlstellen.

Dieses. Am Sonntag, den 5. Dezember, hielt die Zahlstelle Dießen eine Mitgliederversammlung ab, in welcher unser Gauleiter, Kollege Lehmeier-München, über den Reichstarif der Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfsarbeiter referierte. Ausgehend von der Gründung der Hilfsarbeiterorganisation bis zur Entwicklung der heutigen Lage, schilderte Kollege Lehmeier alle die Widerstände und Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, um den nun abgeschlossenen Reichstarif durchzubringen. Nicht genug, daß uns die Prinzipale die größten Schwierigkeiten bereiteten, gibt es auch in unseren eigenen Reihen Kollegen, die vor lauter Habgier den eigentlichen schwierigen Gewerkschaftsarbeit bewußt oder unbewußt bekämpfen und dadurch zu Handlungsge-

bes Kapitalismus werden. Kollege Lehmeier forderte die Anwesenden auf, bei der Urwahl geschlossen für den Reichstarif zu stimmen, denn nur dadurch wird es ermöglicht, stabile Verhältnisse auch in den bayerischen Provinzorten zu schaffen. Einige unliebsame Zwischenfälle unter einigen Kolleginnen verurteilte Kollege Lehmeier scharf und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese persönlichen Geffälligkeiten erdgütig begraben werden und die Kolleginnen sich für die Zukunft ihrer Stellung als organisierte Arbeiterinnen bewußt werden. In einem kurzen Schlußwort erfuhr die Vorstehende, Kollege Seiler, das Gehörte beherzigen zu wollen und für die Zukunft auch danach zu handeln.

Leipzig. Die am 29. November 1920 stattgefundene Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter beschäftigte sich mit dem Reichstarif. Als Referent war der Verbandsvorsitzende Kollege Bucher erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es, durch einen Antrag von dreizehn Mitgliedern der Spammerschen Druckerlei veranlaßt, über den Ausschluß des Kollegen Vorlopp zu einer Aussprache, die damit endete, daß der Entschluß der nächsten Verratsitzung für die Leipziger Mitgliedschaft bindend sein muß. Dann ergriff Kollege Bucher das Wort. Er führte aus, daß es für die Verhandler schwer gewesen sei, den Reichstarif abzuschließen. Einen Mantelstarif für das gesamte graphische Gewerbe zu schaffen, sei an dem Widerstand der Steinrudereibesitzer gescheitert. Aus der langen Verhandlungsbauer sei schon zu ersehen, daß sich die Gegenseite sehr schroff gegenüber gestanden hätten. Nach den ersten sechs Tagen habe das Arbeitsministerium angereuert werden müssen. Aber ohne Eingreifen eines Schiedsgerichtes seien die bekannten Leuerungszulagen zustande gekommen. Ohne gegenseitige Konzessionen wäre es nicht möglich gewesen, diesen Abschluß herbeizuführen. Kollege Bucher erläuterte den idealen Inhalt des Reichstarifes und schloß mit einem Appell an die Mitglieder, bei der bevorstehenden Urabstimmung nach Pflicht und Gewissen zu urteilen. Kollege Weher ging nunmehr an der Hand von Aufrechnungen auf den materiellen Teil des Reichstarifes ein und zeigte dabei, daß immerhin noch ein ganz nennenswerter Teil unserer Kollegenschaft mit Zulagen bedacht werde, wenn auch die Tatsache nicht zu übersehen sei, daß unsere älteren Kollegen dabei nicht auf ihre Rechnung kämen. Ein Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion in Anbetracht der vorgefertigten Zeit zu vertagen, wurde abgelehnt. Der als Gast anwesende Kollege Krummrei (Berlin) sprach gegen den Tarif. Nach seinen Ausführungen sei es nicht maßgebend, daß einige Markt Lohnverbesserungen zustande kommen, sondern — da es sich um die nackte Existenz der Arbeiterschaft handele — sei es notwendig, der Arbeitsgemeinschaft den Kampf anzulegen und den Kampf um die Produktion zu führen. Unter anderem streifte er auch die Amsterdamer Internationale und führte dazu aus, daß der Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie schwerer sei als gegen die Drageh. Auf einen Einwurf des Kollegen Bucher mußte Kollege Krummrei zugeben, daß die Berliner trotz ihrer Tarifgegnerschaft auch Tarife abschließen. Zum Schluß erklärte Kollege Krummrei, daß er den Einbruch gewonnen habe, die Leipziger Mitgliedschaft stände auch auf einen ablehnenden Standpunkt. Nachdem noch einige Redner gegen den Tarif gesprochen hatten, erklärte Kollege Bucher in seinem Schlußwort, daß es doch die Mitglieder in der Hand haben, für oder gegen den Tarif zu stimmen. Tatsache ist, daß der Tarif doch nur eine Etappe auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse sei. Dem kommunistischen Programm stehe er nicht entgegen, bis zur Erfüllung desselben müsse aber etwas geschehen, um der Verelendung der Arbeiter entgegen zu treten. Bis jetzt habe es die Zentrale abgelehnt, Wrasen zu dreschen, dieselbe hätte im Interesse der Kollegenschaft praktische Arbeit geleistet. Er bat die Versammelten, doch den politischen Streit dort auszutragen, wo er hingehöre. Hierauf schloß Kollege Weher die gut besuchte Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialisierung — ihre Notwendigkeit — ihre Möglichkeit von Emil Barth. Preis 3.— M. Selbstverlag, Reutlin, Treptowstr. 13. Auslieferung für den Buchhandel: Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin, Breitestr. 8/9.

Soziale Religion, die neue Grundlage des Menschen- und Volkslebens, von Carl Harz. Preis 2.— M. Verlag von Gebr. Harz, Altona-Deitens.

Das Sozialisierungsproblem in Deutschland von Spector. Band 8 der Internationalen Arbeiter-Bibliothek. W. Seehof u. Co. Verlag, Berlin G. 54.

Die Organisation der Freiheit von Dr. A. Forel. Zürich. Preis 1.— M. Zu beziehen durch Ernst Umbreit, München, Türkenstr. 67.

Ein Lassalet-Brevier ist jetzt als zweiter Band der Sammlung „Breviere des Sozialismus“ im Verlag der Buchhandlung Bornwärd (Preis 9,50 Mark) erschienen, wieder wie der erste Band, das „Mazz-Brevier“, in Auswahl und Gruppierung von Franz Dieberich bearbeitet und von ihm eingeleitet. Das diese Breviere wollen, ist, mit wenigen Worten gesagt, dieses: in Sähen und Gedankenreihen aus den Berlen und Briefen großer Sozialisten die Arbeit sichtbar machen, die sie als Bahnbrecher der Arbeiterbewegung geleistet haben, und diese Auszüge so zu geben, daß sie das Bild der jeweils lebenden und wirkenden Persönlichkeit entwickeln.

In sechs Abschnitten gibt das Lassalet-Brevier seinen bedeutamen Stoff.

Heute ist es nur verhältnismäßig Wenigen möglich, sich eine Gesamtausgabe der Werke Lassalets zu kaufen. Der Preis macht sie schwer erschwinglich. Dieser leitende Umstand dürfte manchem Anlaß sein, dieses Brevier, das alle Lassalet-Literatur zur Grundlage hat, zu begrüßen. Die äußere Hülle des Buches entspricht mit der künstlerisch wertvollen Titelzeichnung, mit dem Bildnis Lassalets, würdig dem Inhalt.

Jahrbuch 1919 des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Herausgegeben vom Verbandsvorsitzenden.

Ein Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstanze von Francken erscheint in 39. Auflage in Max Hesses Verlag, Berlin W. 15. Das geschmackvoll gebundene Buch, das im Preise von 8,50 M. im Buchhandel zu haben ist, ist im Verhältnis zu anderen Erscheinungen des Büchermarktes äußerst billig. Wahre Höflichkeit und feine Herzensbildung ist in der jetzigen Zeit notwendiger denn je. Da der Verfasser seinen Stand und seine Lebenslage unberücksichtigt läßt, wird auch mancher unserer Leser aus dem Buche lernen können. Auch als Weihnachtsgeschenk erscheint es sehr geeignet.

Abrechnungen.

Abrechnungen des 3. Quartals gingen ein:

- Gau 7. Brandenburg 1339,55, Breilau 8134,36, Briesg 349,69, Rottbus 747,23, Danzig 2762,80, Eberwalde 835,80, Elbing 578,68, Forst 408,58, Frankfurt/O. 281,30, Friedland 437,24, Glas 145,84, Glogau 1452,49, Görlitz 1488,50, Grünberg 60,60, Guben 206,64, Hirschberg 230,86, Königsberg 4253,10, Liegnitz 784,07, Neudamm 465,30, Neuruppin 328,15, Potsdam 1068,44, Sorau 426,45, Spandau 411,10, Stargard 226,05, Stettin 4466,88, Teltitz 1090,04, Waidenburg 831,51, Zossen 708,03, Einzelzahler 441,82 M.

Die Zahlstelle Memel hat trotz wiederholter Aufforderung das 3. Quartal noch nicht abgerechnet. Es wird ersucht, die Abrechnung sofort der Gauleitung einzusenden.

H. Sobah.

Unserer lieben Kollegin Dina Mayer und Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Freiburg i. B.

Unseren lieben Kolleginnen Katharina Sattler nebst ihrem Bräutigam Karl Kern und Emma Seifel nebst ihrem Bräutigam August Bindewall zur Weihnachten stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Ortsgruppe Groß-Steinhelm.

Unserem lieben Kollegen und Vorstandsmittglied Kurt Reifig nebst seiner lieben Frau Dora Burckhardt die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Weihnachten 1920. Zahlstelle Chemnitz.

Unserer lieben Kollegin, Vorstandsmittglied und Unterassistentin Marie Lud nebst ihrem Bräutigam, ihrem lieben süßen Bruno Neubert, die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Weihnachten 1920. Zahlstelle Chemnitz.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

IV.

Die Valutafrage

behandelt Souhau (Frankreich) an Hand einer umfangreichen Untersuchung, die den Delegierten vorliegt: Die augenblickliche Lage der Wechselkurse ist verheerend für alle Länder, auch für die mit hohem Kursstand, da sie in den Ländern mit schlechtem Kurs nichts mehr absetzen können. Wenn nicht noch schlimmere, unabsehbare Folgen eintreten sollen, müssen praktische Schritte zu einer internationalen Regelung des Finanzwesens erfolgen. Die Untätigkeit der Regierungen auf diesem Gebiete ist die Folge ihrer Abhängigkeit von der Hochfinanz. Besonders ist eine schleunige Festsetzung der Entschädigungssumme erforderlich, damit eine internationale Anleihe möglich werde. Leider sind die Regierungen, besonders die Alliierten, immer noch gegen diese Forderung, weil sie abschneidend davon eine Erholung Deutschlands, die doch zu ihrem eigenen Vorteil nötig ist, befürchten. Wir französischen Arbeiter sind entschlossene Internationalisten und für die Ausöhnung aller Völker, auch mit unseren deutschen Arbeitsbrüdern.

In der am Freitag fortgeführten Aussprache wendet sich ein italienischer Vertreter erneut dagegen, daß auch diese Frage durch die vorliegende Entschließung dem Völkerverbund überwiesen werden soll. Auch er ist besonders für den Teil des Antrages, der die Annullierung der Kriegsschulden vorsieht und würde mit seinen Freunden gern sehen, wenn auch die Streichung aller Entschädigungsforderungen verlangt würde, weil erst dann eine wirkliche Erleichterung der internationalen Lage eintreten könnte. Die von Souhau geforderte Beseitigung der Spekulation halten wir jedoch unter dem kapitalistischen System für unmöglich.

Eine entsprechende Resolution wurde gegen die Stimmen von Norwegen, Italien und Kanada angenommen. Nur gegen den die Annullierung der Kriegsschulden betreffenden Absatz stimmten Belgien und Kanada, während die englische Delegation sich hierbei der Abstimmung enthielt.

Bericht der Valutakommission.

Die mit dem Studium der Valutafrage beauftragte Kommission hat dem Bericht und ebenso der Resolution, die ihr vorgelegt wurden, zugestimmt.

Nur einige kleine Mänderungen wurden im Bericht vorgenommen und ebenso im § 4 eine neue Formulierung auf Wunsch des deutschen Delegierten, Genossen Urban, vorgenommen, welcher bemerkte, daß in verschiedenen Ländern, hauptsächlich in Zentraluropa, diese Erhöhung der Lebenslage nur für einen Teil der Bevölkerung zutrifft, die Arbeiterklasse sich jedoch infolge der Teuerung in einer Lage befindet, mit der die Erhöhung der Löhne weit entfernt ist, Schritt zu halten.

Die anderen Mänderungen waren hauptsächlich redaktioneller Art.

Die Resolution wurde auf Antrag der holländischen Delegierten wie folgt ergänzt:

Im ursprünglichen Text hieß es:

Der Kongress empfiehlt die Annullierung der internationalen Kriegsschulden als eines der Mittel, das geeignet wäre, den Wirkungen der Valutakrise heute schon zu begegnen, ferner die Feststellung und gerechte Verteilung der Wiedergutmachung, die Begleichung der Guthaben durch den Völkerverbund: diese Maßnahmen wären geeignet, für die verschuldeten Völker eine Besserung ihrer Valuta herbeizuführen.

Die Aufnahme dieser Forderung der Festsetzung und Bezahlung dieser Forderungen durch den Völkerverbund geschah aus der Erwägung, daß eine derartige Maßnahme, die die gegenseitigen Verpflichtungen der Staaten feststellt, die unerlässliche Stabilisierung der Valuta zur Folge hat.

Der englische Delegierte protestierte gegen die von dem holländischen Delegierten vorgeschlagene Streichung mit der Bemerkung, daß diese Resolution ein internationales Dokument darstellt, in welchem keine Bestimmungen hinsichtlich der Wiedergutmachung aufgenommen werden können.

Derartige Stipulationen bedeuten eine moralische Verpflichtung, die nur diejenigen Völker

verpflichtet, die direkt an der Wiedergutmachung interessiert sind. Die neutralen Länder sind an dieser Regelung nicht interessiert.

Die abgeänderte Resolution wurde mit 9 gegen 2 Stimmen des norwegischen und italienischen Delegierten angenommen. Letztere haben erklärt, daß es unmöglich sei, innerhalb des gegenwärtigen Systems eine Besserung des bankrotten Zustandes zu erwarten, solange nicht der Sozialismus verwirklicht sei.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

Die Sozialisierung,

Berichterstatter Dubeegeest, Sekretär (Holland). Er hat dem Kongress eine größere Druckschrift vorgelegt, in der er den Jrsinn der heutigen Wirtschaft nachweist und den heutigen Stand der Sozialisierungsfrage in den hauptsächlichsten Ländern aufzeigt. Er ergänzt diesen Bericht durch längere mündliche Ausführungen, in denen er besonders auf die im jetzigen System der Produktion bedingte Verschwendung an Material und Arbeitskraft hinweist. Die Kriegszugung haben bei allen Wertigkeiten die Ueberzeugung wachgerufen, daß es so nicht weitergehen kann. Sie lehnen es ab, weiterhin nur für die Profitgier der Kapitalisten tätig zu sein, die die Produktion sogar künstlich einschränken, wenn ihnen dies vorteilhafter erscheint. Der Redner führt eine Reihe von frappanten Beispielen aus letzter Zeit an, die diese Behauptung stützen. Die britischen Schiffen ließen sogar kürzlich einen Teil des überreichen Fanges wieder ins Meer werfen, während die Deutschen ihre Schiffe auslegten, um die Preise hochzuhalten. Die Kommission hat einstimmig der vorgelegten Entschließung zugestimmt, die zunächst nur die sofortige Sozialisierung einiger Zweige fordert, da man den einzelnen Ländern überlassen will, je nach ihren Verhältnissen die gleiche Forderung auf andere Industrien auszubehnen.

Dihmann (Deutschland) begrüßt die Behandlung der Frage der Sozialisierung, die das wichtigste Problem der Zeit für die Arbeiter darstelle, durch den Internationalen Gewerkschaftskongress. Sie wird dazu beitragen, die Einigkeit der Arbeiter aller Länder zu erhalten oder wiederherzustellen, doch müsse sie durch die Macht der Gewerkschaften selbst, nicht durch Beihilfe irgendeines Organs des Völkerverbundes, geleistet werden. Zu diesem Zwecke sollte der Internationale Gewerkschaftsbund die Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse in die Hand nehmen.

Nach kurzen weiteren Bemerkungen stimmt der Kongress der vorliegenden Resolution zu.

Eine Antwort an die Moskauer Internationale ist von einer Kommission bearbeitet worden. Sie gibt Anlaß zu einer längeren interessanten Aussprache.

Die italienischen und die norwegischen Delegierten erklären, daß auch sie die Angriffe der Moskauer auf den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht gutheissen, aber der Resolution nicht zustimmen können, weil darin eine Zustimmung zur Haltung gewisser Landeszentralen während des Krieges erblickt werden könnte.

Griffon (Belgien) verlangt, daß man endlich diejenigen Landeszentralen nenne, gegen deren Haltung man etwas einzunehmen habe. Auch möchte er wissen, ob Arragona, der Führer der italienischen Delegation, in Moskau Verpflichtungen eingegangen sei, die ihn zwingen, die Gewerkschaftsbewegung in die Moskauer Richtung zu drängen. Der Kongress beabsichtige keinerlei Angriffe gegen die russischen Arbeiter, da man sehr wohl zwischen den dortigen Unterdrückten und Unterdrückten unterscheiden könne. Die Leiter der Moskauer Gewerkschaftsinternationale seien meist Intellektuelle, von deren früherer Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet niemand etwas bekannt sei.

D'Arragona beruft sich auf seinen Sonderbericht an den Kongress, der die Resolution enthielt, die er für den italienischen Gewerkschaftsbund in Moskau unterschrieben hat. Darin wird die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als unfähig abgelehnt. Ferner heißt es darin, daß 1. die Instehenden Elemente in den Gewerkschaften geschäftig, dagegen die Führer, welche den Krieg unterstützten oder am Völkerverbund mitarbeiten, befeitigt werden sollen; 2. in den Gewerkschaften die bekannten kommunistischen Zellen

geschaffen und 3. ein internationales Komitee geschaffen werden soll, das als Internationales Gewerkschafts-Komitee diese und ähnliche Aufgaben durchführen soll. Der Redner sagt, daß er diese Forderungen für nötig hielt, obwohl die italienischen Gewerkschaften der Moskauer Internationale nicht angeschlossen sind — im Gegensatz zur Partei — und in der Leitung sich Kommunisten nicht befinden. Wenn der Kongress diese ihre rebovolutionäre Haltung nicht dulden wolle, so würden sie natürlich die Folgerungen daraus ziehen.

Fimmen (Sekretär) meint, diese Debatte hätte erspart werden und das Verhältnis zu den Italienern besser sein können, wenn diese den ihnen zugebilligten und heute noch offen gehaltenen Sitz eines Vizepräsidenten im Vorstande des Internationalen Gewerkschaftsbundes besetzt hätten.

Nachdem Steinhuis (Niederlande) ausführlich die Argumente der Moskauer und der Italiener erörtert und zurückgewiesen und ihre unlogische Haltung dargelegt hatte, wurde bei Stimmenthaltung der italienischen Delegation die nachfolgende Entschließung angenommen:

„Der Außerordentliche Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, auf dessen Tagung in London 26 000 000 organisierte Arbeiter in 18 Ländern vertreten sind,

nimmt Kenntnis von den erneuten Angriffen und Verleumdungen, die gegen diesen Kongress von den Führern der Dritten Internationale gerichtet wurden, Verleumdungen und Anwürfe, wie sie keineswegs als angemessene Erörterungsformen unter freien und kultivierten Menschen angesehen werden können.

Der Kongress bemerkt, daß das jüngste Manifest einerseits die Unterschriften von Lenin, Sinowjew, Nadel, Bela Kun u. a., andererseits aber auch die von Tomsh, Losowsky, Kosmer und Chabline trägt, die entgegen den Tatsachen behaupten, daß sie einen Internationalen Gewerkschaftsbund vertreten.

Der Kongress bemerkt ferner, daß die Unterzeichner dieses Manifestes ihre Kriegserklärung in dem Maße zusammenfassen, daß die syndikalistische Moskauer Internationale die „gelbe“ Amsterdamer Internationale gerühmten werde.

Der Kongress nimmt mit Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Dinge an, daß diese Angriffe nicht von dem Proletariat Rußlands herrühren; daß man dieses daher auch in keiner Weise dafür verantwortlich machen darf.

Weiter betont der Kongress, daß diese Verleumdungen Kritiken und diese Kriegserklärungen entweder nur die völlige Unwissenheit über die Zusammenfassung und die Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes dartun oder aber den unbestreitbaren besten Willen beweisen, der dem unheilvollen Wunsch entspricht, die Arbeiterorganisationen aller Länder zu vernichten.

Der Kongress weist mit allem Nachdruck die gegen ihn und die internationale Arbeiterbewegung gerichteten Verleumdungen zurück.

Indem der Internationale Gewerkschaftsbund sich gegen alle diese Verleumdungen wendet, erklärt er, daß er sich weder spalten noch vernichten lassen wird.

Er sichert den angeschlossenen Zentralverbänden volle Autonomie und Bewegungsfreiheit zu, aber er gebietet ihnen auch, allen Anforderungen außenstehender Körperschaften, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationale zu unterstützen, den Gehorsam zu versagen.

Der Kongress befähigt, daß der Internationale Gewerkschaftsbund und seine Zentralverbände aller Länder ihre Tätigkeit auf die Umgestaltung der Gesellschaft und die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems richten. Dies geschieht unter voller Berücksichtigung der Lebensgewohnheiten, der Ueberlieferungen und der tatsächlichen Lage in jedem Lande.

Aus diesen Gründen erinnert der Kongress an die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Internationale sich wider die Regierungen gekehrt hat, die die Gegenrevolution unterstützen und die imperialistischen Unternehmungen gegen die bereits auf dem Wege zur Freiheit vorwärts marschierenden Völker begünstigen.

Trotz dieser Verleumdungen und ihrer Verbreiter richtet der Kongreß seinen Appell an das Proletariat Rußlands sowie an alle anderen Arbeiter, die über die Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes irreführt wurden:

Der Kongreß erklärt hiermit seine volle Solidarität und Sympathie mit ihren Leiden und revolutionären Bestrebungen. Er ladet sie ein, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbunde anzuschließen und durch ihre Kampfkraft die des übrigen Proletariats zu stärken und so der gesellschaftlichen Reaktion eine geschlossene Kampffront gegenüberzustellen.

Ein Zusatzantrag der zum Ausdruck bringt, daß eine Regierung, auch eine kommunistische, nie zugleich als Leitung einer Arbeiterinternationale anerkannt werden kann, wird gegen Norwegen bei Stimmeneinstimmigkeit der Engländer und Tschechen angenommen.

Die Frage einer Besetzung des Ruhrgebietes.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hatte zur Untersuchung dieser Frage eine Kommission nach Deutschland geschickt, die aus Jouhaux und Werheim (Frankreich), Mertens (Belgien) und Timmen (Sekretär) bestand. Der Bericht dieser Kommission ist ein außerordentlich wichtiges Schriftstück von 35 Druckseiten.

Jouhaux (Frankreich) führt ergänzend aus, daß die Kommission sowohl die Gewerkschaften und Behörden wie die Unternehmerorganisationen ausgenutzt und an allen Stellen jede gewünschte Auskunft erhalten habe. Die allgemeine Schlussfolgerung könne nur sein, daß die Zustände im Ruhrgebiet außerordentlich schwierig und unbefriedigend seien. Das Gebiet ist überbevölkert. Die Löhne haben auch nicht annähernd die gleichen Steigerungen erfahren wie die Kosten der Lebenshaltung. Dazu komme, daß die Lebensmittelzufuhr den Bedürfnissen der Bevölkerung langt nicht genüge. Die Kommission bemühte sich, jeden mangelbrachten Optimismus wie auch Pessimismus zu vermeiden, sie müsse aber trotzdem erklären, daß die vielerlei Behauptungen der Presse, besonders in den Ententeländern, deren einziger Zweck die chauvinistische Heße sei, vollständig jeder ernsten Grundlage entbehren. Die Bergarbeiter selbst haben uns nicht nur erklärt, daß sie alles tun, um die in Spa von ihrer Regierung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sondern konnten uns auch zahlenmäßig den Nachweis erbringen, daß diese Verpflichtungen erfüllt wurden, obwohl sie ihnen auf der anderen Seite verprochenen besonderen Lebensmittellieferungen zum Teil ausgeblieben sind. Dieser Kongreß muß daher entscheiden der Behauptung entgegenzutreten, daß die Bergarbeiter gegen die Ausführung des Kohlenabkommens seien. Damit ehren wir nicht nur den Geist, der die deutschen Bergarbeiter befeuert, sondern zerstören zugleich die Grundlage eines der schlimmsten Pläne der Entente, der Besetzung des Ruhrgebietes. Für eine solche Besetzung durch die Entente besteht auch nicht einmal der Schatten eines Grundes. Die dahingehende Propaganda haben wir in Frankreich von Anfang an verurteilt, da wir die Gewalt als Regler der Beziehungen unter den Völkern nicht anerkennen können. Mit aller Macht müssen sich die Arbeiter gegen die Pläne der Militaristen zur Wehr setzen, damit ihr zynischer Verrat, in solch unerhörter Weise einen Vertrag zu brechen, zum Scheitern gebracht werde. Wir im französischen Gewerkschaftsbunde sind bereit, hierbei unsere Pflicht, unsere volle Pflicht, zu erfüllen. Wir wissen, daß wir der Solidarität der deutschen Arbeiter bei der Bekämpfung der Lehre von der Macht genügt sein können. Das muß den herrschenden Kreisen energisch gesagt werden. Die Welt kann nur mit Hilfe der Arbeit, freier Arbeit, wieder aufgebaut werden. Die deutschen Arbeiter sind daher durchaus im Rechte, wenn sie im Falle einer Besetzung des Ruhrgebietes die Arbeit einstellen. Sie würden dabei unsere energische Unterstützung finden. Das erklären wir, obwohl wir uns der Verantwortung bewusst sind, die wir damit übernehmen. In diesem Sinne erbitten wir auch die Unterstützung des ganzen Kongresses, der erklären muß, daß die Zeit der Dajonnet-Herrschaft ein für allemal zu verschwinden hat, wenn die Menschheit nicht untergehen soll. (Lebhafte Beifall.)

Regien (Deutschland) dankt dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die Entscheidung der Kommission ins Ruhrgebiet, wie auch dieser selbst für ihre Arbeit und ihren Bericht. Der Mitteilung des Berichtes, daß die deutschen Bergarbeiter die geforderten 2 Millionen Tonnen an die Entente monatlich abliefern, muß aber hinzugefügt werden, daß sie dies nur dadurch ermög-

lichen konnten, daß sie zweimal wöchentlich je eine Uberschicht arbeiten. Den an sie gestellten hohen Anforderungen können sie nur auf Kosten ihrer Arbeitskraft und ihrer Gesundheit gerecht werden, weil sie stets unter dem Mangel an guten Lebensmitteln leiden. Wir haben daher die Pflicht, ihnen für ihre Leistung, die im Interesse aller liegt, den wärmsten Dank auszusprechen. In dem Bericht der Kommission ist davon die Rede, daß die Verteilung der deutschen Kohle unter den einzelnen Ländern neu geregelt werden soll. Wir deutschen Arbeiter haben dabei den Wunsch, daß die dafür zuständigen Instanzen auch aus den Ententeländern durch Arbeitervertreter verstärkt werden, wie von der deutschen Regierung dazu unser Genosse Sus herangezogen wurde. Ich will hier keine Kritik üben am Friedensvertrage selbst, oder etwa an der versuchten Einwirkung auf die Volksabstimmung in Oberschlesien, an der Grenzregulierung, welche neuerdings eine interalliierte Kommission an der Weichsel vorgenommen hat, usw., obwohl all das die ernstesten physischen Einwirkungen auf unsere Volksmassen haben muß, da wir als Arbeiter bereit und entschlossen sind, die Friedensbedingungen durchzuführen zu helfen. Voraussetzung ist aber, daß uns die Möglichkeit dazu gelassen werde. Unter den heutigen Verhältnissen aber und insbesondere angesichts der Auslegung mancher Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Organe der Entente, darüber sollte man sich nicht täuschen, besteht diese Möglichkeit nicht. So sagen die §§ 169 und 202, daß alles deutsche Kriegsgerät zu zerstören ist, aber diese Bestimmung will man ausdehnen auf alle Maschinen, die überhaupt zu Kriegszwecken verwendbar wären, auch wenn sie durchaus für Friedenszwecke erforderlich sind. Die größten früheren Militärwerkstätten des Staates sind in eine große Aktiengesellschaft zur Herstellung von nicht für den Krieg bestimmten Erzeugnissen umgewandelt worden. Die Gesellschaft ist Staats-eigentum und ihre Leitung umschließt eine Reihe bekannter Arbeiterführer, die allein schon jede weitere Herstellung von anderem als sogen. Friedensmaterial zu verhindern wissen werden. Trotzdem besteht die Entente auf der sinnlosen Zerstörung vieler Maschinen, Motoren, Flugzeughallen und anderen kostbaren Einrichtungen, die bei der heutigen verzweifeltsten Lage Deutschlands geradezu unentbehrlich und unerlässlich sind und obendrein für Friedenszwecke umgebaut werden oder werden können. (Redner zählt einige besonders krasse Beispiele auf.) Diese Methode der Auslegung und Anwendung des Friedensvertrages ist dem Wortlaute und auch dem Sinne des Vertrages zuwider. Ihr Zweck ist nur, unsere Industrie und Volkswirtschaft zu zerstören und damit auch die deutsche Arbeiterklasse niederzuhalten. Dem gleichen Ziele strebt man zu durch Maßnahmen, die den Rest der physischen Kraft unseres Volkes untergraben sollen. Man denke nur an die Forderung der Ablieferung von 810 000 Ritzkähnen oder von einem Zehntel und natürlich dem besten Teile — da die alliierten Kommissionen bei der Abnahme alles ablehnen, das ihnen nicht als das Beste des Vorhandenen erscheint — unseres ganzen Viehbestandes. Diese Ablieferung würde den Verlust von rund 6 Millionen Litern Milch täglich, die wir heute unseren Säuglingen und jungen Müttern in großen Rationen geben, bedeuten und damit ein gewaltiges Ansteigen der jetzt schon erschütternden Sterblichkeitszahlen. Das bringt uns immer wieder zum Bewußtsein die tragische Bedeutung des Anspruchs, den Clemenceau getan haben soll, daß Deutschland immer noch 11 Millionen Einwohner zubiel zähle. In der Tat, was wir täglich erleben, hat offensichtlich nur den Zweck, unser Volk vollends zu vernichten. Daher fragen wir, wie sollen wir unsere Verpflichtungen erfüllen können, wenn diese Zustände andauern? Wir stehen nicht um Mitleid oder Erbarmen, sondern appellieren an Ihren Verstand und an Ihr eigenes Interesse! Glaubt man, daß die Beschlüsse dieses Kongresses, sich der Moskauer Beschlüsse zu widersetzen, irgendwelche praktische Bedeutung besafsen werden, wenn eine Aenderung der gegen uns gewandten Methoden nicht eintritt? Die Arbeiter eines Landes fragen nicht danach, wer sie regiert, wenn sie zur Verzweiflung getrieben werden. Sie sind dann jeder Einschränkung zugänglich und verlangen nur radikale Aenderung ohne Rücksicht auf die Folgen. Dabei will auch ich Jouhaux Worte bestätigen, daß die deutschen und französischen Arbeiter wissen, daß sie zusammengehören und zusammenwirken müssen, wenn die europäische Zivilisation gerettet werden soll. Wir haben daher schon während der Friedensverhandlungen einen vollständig ausgearbeiteten Plan der deutschen Gewerkschaften zum

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich vorgelegt, aber die französische Regierung hat damals, unter dem Druck ihrer deutlichen Kapitalisten, die Ausführung des Planes, dieser „sozialen Entente“, verhindert. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs haben diese Pläne erneut ausgenommen. Ich hoffe, daß sie zur Ausführung kommen und so einen neuen Beweis von der proletarischen Solidarität und von unserem Wirken, die Schäden des Krieges heilen zu helfen, liefern. Der Krieg ist angeblich zur Vernichtung des preussischen Militarismus geführt worden. Dieser ist vernichtet, aber er hat in anderen Ländern seine Wiedererholung erlebt. In besetzten Meindand z. B., in dem Deutschland früher 75 000 Soldaten hatte, stehen heute 130 000 Mann Ententetruppen. Gegen diese militärische Entwicklung und Bedrohung hilft uns nur die Verständigung unter den Arbeitern, das Zusammenarbeiten der deutschen mit den französischen Arbeitern. Wir wollen gemeinsam die leidende Menschheit wieder aufrichten, aber uns deutschen Arbeitern muß zu dieser Arbeit auch die Möglichkeit gelassen werden. (Starker Beifall von allen Seiten.)

Der Vorsitzende Thomas erklärt für die britische Delegation, daß auch sie überzeugt seien, daß die angebliche Vernichtung des Militarismus der größte Schwindel des Krieges sei. Allerdings müsse Regien in dieser Beziehung besonders an die Hilfe der französischen Genossen appellieren, da deren Regierung entschlossen scheine, ihre imperialistische Politik fortzusetzen. Daunder Friede aber ist nur möglich, wenn der Haß unter den Völkern verschwindet und diese sich verständigen. Es sei Wahnsinn und eine Mißachtung der Lehren der Geschichte, wenn man annehme, Deutschland könne ausgemergelt werden. Unseren deutschen Genossen aber obliegt die Pflicht, die Bestrebungen, daß Deutschland wieder eine militärische Politik verfolge, zu zerstören. Bei der Abwehr jedes militärischen Angriffs wollen die französischen Arbeiter, wie hier erklärt wurde, ihren deutschen Genossen zur Seite stehen. Dazu sind auch die Arbeiter aller anderen Länder bereit.

Die vorgelegte Resolution wurde darauf einstimmig unter Beifallsbezeugungen angenommen.

Nachdem Hueber (Österreich) für die große Hilfsaktion der Internationale zugunsten der österreichischen Gewerkschaften und Sasaj (Ungarn) für die Hilfe, die ihrer bedrängten Bewegung in verschiedenster Weise zum Ausdruck gebracht wurde, den angeschlossenen Landeszentralen gedankt hatten, erfolgten die üblichen Schlußreden und die Schließung des Kongresses unter gemeinsamer Abfindung der alten schottischen Arbeiterhymne.

Während der Tagung des Kongresses, der für die gewerkschaftliche Internationale ein Wendepunkt von höchster Bedeutung darstellt, fanden mehrere gefellige Zusammenkünfte statt, sowohl auf Einladung des englischen Gewerkschaftsbundes, des Parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftsbundes, des britischen Komitees für den Wiederaufbau der sozialistischen Internationale, wie auch für einzelne Teile auf Einladung bestimmter Berufsorganisationen. Bei allen diesen Gelegenheiten zeigte sich nicht nur herzlichste Kameradschaftlichkeit unter den Vertretern aller Länder, sondern auch, wie oft in der feierlichsten Weise betont wurde, der feste Wille, die internationale Organisation so auszubauen und zu festigen, daß sie jeden künftigen Krieg verhindern kann. Dem Kongreß selbst folgte eine Internationale Konferenz der Eisenbahner, die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angehört.

Eingegangene Druckschriften.

Der Sozialdemokratische Adresskalender 1921 ist soeben erschienen. Er enthält, wie alle Jahre, eingehende Angaben über Stand und Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen nach den neuesten Angaben der Verbandleitungen; auch die geschichtlichen Ereignisse und Denkwürdigkeiten sind bis auf die Gegenwart verzeichnet. Zahlreiche Pläne aus dichterischen, geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Berlehen, sämtlich unter dem Gesichtspunkt sozialistischer Weltanschauung ausgewählt, erhöhen den Wert des inhaltreichen Kalenders, der auch äußerlich für jedes Haus und Kontor ein praktischer Wandkalender ist. Der Preis mußte angesichts der erhöhten Material- und Selbstkosten auf 8,50 Mt. festgelegt werden. Bestellungen nimmt die Buchdruckerei Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, entgegen.